Nummer 41 – 13. Oktober 2022 – 90. Jahrgang
Fr. 9.– (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHE

«Putin hat viel zum ukrainischen Nationsverständnis beigetragen»

Oxford-Professorin Gwendolyn Sasse zählt zu den besten Kennerinnen der Ukraine. Hier berichtet sie von einem Land, das im Westen nach wie vor eher unbekannt ist.

Roman Zeller

Berlin

Weltwoche: Frau Sasse, Sie haben das Buch «Der Krieg gegen die Ukraine» geschrieben. Wie beurteilen Sie die Lage im Ukraine-Krieg?

Gwendolyn Sasse: Wichtig ist: Der Begriff «Ukraine-Krieg» kann schnell missverstanden werden. Es geht nicht um einen Krieg, der mit der ukrainischen Innenpolitik zu tun hat, es geht um Russlands Krieg gegen die Ukraine. Wladimir Putin geht es um die Zerstörung, um die Beseitigung der Ukraine als unabhängige Nation.

Weltwoche: Von welcher Ukraine sprechen Sie? Was ist das für ein Land?

Sasse: Die Ukraine hat sich für den Weg in eine Demokratie entschieden, westlich orientiert, mit Rechtsstaatlichkeit als Grundprinzip. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen, und er verlief auch nicht geradlinig, wenn wir an die semiautoritären Präsidenten wie Leonid Kutschma oder Wiktor Janukowitsch oder die oligarchischen Interessen denken. Wiederholte Zyklen von Massenmobilisierungen, insbesondere die Orange Revolution 2004 und der Euromaidan 2013/14, haben dazu geführt, dass die heutige Ukraine aus der Mitte der Gesellschaft heraus entstand und nicht «nur» durch aktivistische Netzwerke. Diese Zyklen formten einen inklusiven ukrainischen Staat, in dem es um Rechte, Freiheiten und bessere Lebensstandards geht. Um das ukrainische Selbstverständnis, trotz aller Diversität, ein Staat zu sein, mit eigener Regierung, demokratischen Institutionen und westlichen Partnern.

Weltwoche: Wann begann diese Staatsbildung?

Sasse: Diese Frage ist wichtig, denn seit Februar hören wir häufig, vor unseren Augen konstituiere sich die ukrainische Nation. Das ist falsch, die Geschichte der Unabhängigkeit und des gesellschaftlichen Konsenses geht weiter zurück. Sie war allerdings nicht kontinuierlich, historisch gab es kaum Erfahrungen mit staatlicher Eigenständigkeit. In den Grenzen von 1991 wurde die Ukraine erstmals dauerhaft unabhängig. Kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde der ukrainische Staat durch ein Referendum legitimiert, in dem das gesamte Land sich mit einer überwältigenden Mehrheit für die Unabhängigkeit aussprach; übrigens auch auf der Krim, zwar mit einer geringeren, aber doch mit einer Mehrheit. Im Süden und Osten des Landes war die Zustimmung nur geringfügig weniger ausgeprägt als im Westen. Nach 1991 wurden alle, die zu diesem Zeitpunkt auf dem Territorium der ukrainischen Sowjetrepublik lebten, automatisch ukrainische Staatsbürger, ein wichtiges inklusives Zeichen.

Weltwoche: Wie russisch oder wie westlich-europäisch ist die Ukraine?

Sasse: Es ist eines der grossen Missverständnisse, dass wir glauben, die historisch bedingte Diversität der Ukraine sei extrem konfliktbehaftet. Es gibt verschiedene und häufig gemischte ethnische und sprachliche Hintergründe. Es stehen sich aber keine klar definierten Gruppen von Russen und Ukrainern oder russischsprachigen und ukrainischsprachigen Menschen gegenüber. Darüber hinaus gehen solche Kriterien nicht mit einer prorussischen oder proukrainischen Orientierung einher – schon lange nicht mehr, nicht erst seit Anfang dieses Jahres. Wenn Menschen, die russisch sprechen, Parteien wählen, die sich auf den Südosten des Landes konzentrieren, ist das kein Votum gegen die Ukraine oder den Westen. Diese Menschen waren auch vor dem Angriffskrieg nicht an einem Anschluss an Russland interessiert. Die Ausrichtung hatte in der Vergangenheit mit der sozioökonomischen Orientierung bestimmter Regionen zu tun,

«Ich sehe den Anfang dieses Krieges, und ich benutze bewusst das Wort ‹Krieg›, mit der Annexion der Krim.»

mit wirtschaftlichen Faktoren und Sorgen. Das Gefühl, Bürger der unabhängigen Ukraine zu sein, begann 1991. Seit 2014, mit der Krim- und Donbass-Annexion, verstärkte sich das ukrainische Nationsverständnis zunehmend. Putin hat viel dazu beigetragen.

Weltwoche: Welche Gruppierungen gibt es in der Ukraine? Welche Minderheiten? Und wie geht der Staat mit diesen um?

Sasse: Das Land ist divers, die Unterschiede sind aber im Alltag nicht so stark ausgeprägt, wie man sich das vorstellt. Auch die Sprachen, Russisch und Ukrainisch, sind für diejenigen, die sie sprechen, gut verständlich. Natürlich ist Ukrainisch in der Schule, an den Universitäten, in den Ämtern die einzige Staatssprache. Die Sprachgesetzgebung, die noch von Präsident Selenskyjs Vorgänger vorbereitet und unter ihm umgesetzt wurde, stärkt die Präsenz des Ukrainischen im öffentlichen Gebrauch weiter, ohne das Russische aktiv zu verdrängen. Wichtig ist, zu betonen, dass im Alltag die gesprochene Sprache kein Konfliktthema ist, wenn es um das Ukrainische und das Russische geht. Seit 1991 gibt es den Trend einer Umorientierung zum Ukrainischen als Muttersprache – als symbolische Kategorie – und Alltagssprache. Dieser Trend verstärkt sich momentan im Krieg. Die neuere Sprachgesetzgebung hatte vor allem Protest unter der ungarischen Minderheit und von Seiten Ungarns ausgelöst. Insbesondere die Grenzregionen der Ukraine sind von Minderheiten bewohnt. Zudem leben auf der Krim drei indigene Bevölkerungsgruppen, von denen die Krim-Tataren die grösste sind.

„Und Sie wollen also unser neuer Personalmanager werden?!"

Cartoon: Kai Felmy

Seit ihrer Rückkehr aus den Orten ihrer Deportation hatten sie auf die Anerkennung eines speziellen Status gedrängt.

Weltwoche: Wie demokratisch ist die Ukraine?

Sasse: Das Land ist eine Demokratie, seit langem, mit Schwächen und mit Spielraum für Verbesserungen. Die Demokratisierung begann noch in der Sowjetunion, wurde dann mit der neuen Verfassung von 1996 fortgesetzt. Unter Präsident Kutschma und später unter Präsident Janukowitsch, dessen Ära mit den Maidan-Protesten endete, wurde die in der Verfassung verankerte Ambivalenz in der Machtverteilung vom Präsidenten ausgenutzt. Dekretvollmachten und verschränkte Zuständigkeiten können missbraucht werden. Es gibt bis heute Bedarf, die Verfassung demokratisch nachzuschärfen – institutionell und in der Umsetzung. Direkt nach 2004 und dann kontinuierlich seit 2013/14 gab es, respektive gibt es für mich aber keinen Zweifel daran, dass die Wahlen in der Ukraine demokratisch und fair durchgeführt werden.

Weltwoche: Im Raum stehen immer wieder Bestechungsvorwürfe, im Korruptions-Ranking steht die Ukraine weit hinten. Warum?

Sasse: Das ist ein reales Problem. Bisher ist es trotz Fortschritten nicht gelungen, eine institutionelle Architektur aufzubauen, die effektiv Korruption bekämpfen kann. Es gibt Ansätze einer unabhängigen Justiz sowie Strukturen für die Korruptionsbekämpfung, etwa eine Agentur, die Korruptionsvorwürfe untersucht, und ein Antikorruptionsgericht. Aber die Besetzung dieser Strukturen bleibt umstritten, und es mangelt an Gerichtsurteilen. Der Ukraine ist es bisher nicht gelungen, sich von den Oligarcheninteressen zu lösen. Diesbezüglich muss man sagen, dass auch die Annäherung an die EU diese Art von Interessen befördern kann, indem weitere wirtschaftliche Möglichkeiten erschlossen werden, von denen einflussreiche Kräfte profitieren können und sich dadurch Macht sichern.

Weltwoche: Wann hat der Konflikt mit Russland eigentlich begonnen?

Sasse: Ich sehe den Anfang dieses Krieges, und ich benutze bewusst das Wort «Krieg», mit der Annexion der Krim 2014. Sich das Territorium eines Nachbarstaates einzuverleiben, war der erste Schritt. Ein Kriegsakt. Im Donbass ging es dann weiter, mit – zum Teil – verdeckter, aber zunehmend offener militärischer Unterstützung. Dann kam diese dritte Phase, in der wir seit Februar sind, dieser vollumfängliche Angriffskrieg auf die gesamte Ukraine.

Weltwoche: Handelte es sich dann nicht eher um einen Eskalations- statt um einen Angriffskrieg?

Sasse: Es ist beides. Seit 2014 sehen wir eine sukzessive Ausweitung des Krieges durch Russland, ein Austesten der ukrainischen Reaktion, aber auch ein Austesten des Westens. Meiner Meinung nach hat der Westen in der Deutung dieser Krim-Annexion falschgelegen.

«Ambivalenz der Machtverteilung»: Politikwissenschaftlerin Sasse.

Weltwoche: Warum?

Sasse: Man hat unterschätzt, dass sich der Konflikt ausweiten könnte. 2014 hatte man gedacht, dass sich der Konflikt auf die Krim und den Donbass begrenzen werde. Vor allem auch in Deutschland, aber nicht nur dort, glaubte man, das sicherheitspolitische Risiko mit Russland durch wirtschaftliche Verflechtungen managen zu können – eine Fehlannahme. Stattdessen begab man sich in eine grosse Abhängigkeit von russischen Energielieferungen – ein kapitaler Fehler.

«Der Ukraine ist es bisher nicht gelungen, sich von den Oligarcheninteressen zu lösen.»

Weltwoche: Welche Bedeutung kommt der Krim in diesem Konflikt zu?

Sasse: Die Krim ist für Russland von hoher symbolischer und strategischer Bedeutung. Die Krim-Annexion gilt in Russland als abgeschlossen, und die russische Verfassung erlaubt es nicht, diesen Status zu hinterfragen. Vor Februar 2022 glaubte in der Ukraine oder im Westen kaum jemand an eine absehbare Rückkehr der Krim in den ukrainischen Staatsverband. Ein Wandel im russischen politischen System war die Voraussetzung für die Rückkehr der Krim, und dieser zeichnete sich nicht ab. Durch den Angriffskrieg seit Februar ist in der Ukraine die Rückeroberung der Krim wieder zu einer Möglichkeit geworden, zu einer Priorität.

Weltwoche: Würde ein Referendum auf der Krim, wie jenes 1991, zugunsten der Ukraine ausfallen?

Sasse: Das Scheinreferendum unter russischer Besatzung 2014 gab keinen Einblick in die Orientierung der Mehrheit der Krim-Bevölkerung. Nur in den frühen 1990er Jahren hatte es eine prorussische Mobilisierung auf der Krim gegeben. Vor der Annexion 2014 fand keine derartige politische Mobilisierung statt. Wir können heute nicht sagen, wie viele Menschen auf der Krim aktiv pro Russland eingestellt sind und dafür auch zu kämpfen bereit sind. Die Krim-Tataren sind es sicher nicht, und die Abwägungen der Bevölkerungsmehrheit mögen durch die seit 2014 angespannte soziale und wirtschaftliche Lage in der Region, die abgebrochenen Verbindungen zu anderen

GESCHICHTE

Teilen der Ukraine sowie durch die derzeitige Mobilmachung in Frage gestellt werden. Aber unabhängige Quellen, die die derzeitige

Stimmung erheben könnten, gibt es nicht.

Weltwoche: Wie beurteilen Sie die Vorfälle rund um die Krim-Brücke? Welche Auswirkungen hat deren Zerstörung?

Sasse: Auch wenn die genauen Umstände der Explosion und teilweisen Zerstörung der Krim-Brücke noch ungeklärt sind, ist dies ein wichtiger Moment in diesem Krieg. Die Brücke ist ein Prestigeobjekt für Russland, mit dem es die Annexion der Krim zementierte. Sie sichert die Versorgung der Krim aus Russland und spielt eine wichtige Rolle für die Logistik in diesem Krieg. Die offizielle Darstellung Russlands der Explosion als ukrainischer Terrorakt gesteht zugleich die eigene Schwäche ein und kann die Bevölkerung Russlands nur weiter verunsichern. Auf der Krim selbst wird die Explosion unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Nicht zuletzt stehen die

«Was ist hier bitte nicht vernünftig, wenn man seinen Staat erhalten will?»

Krim-Tataren eindeutig auf Seiten der Ukraine. Für die Ukraine ist es ein höchst symbolischer Moment, der den Widerstand stärkt und die Rückeroberung der Krim als Ziel betont.

Weltwoche: Sehen Sie, trotz allem, ein vernünftiges Friedensszenario, das realistisch ist?

Sasse: Für mich ist es völlig nachvollziehbar, dass derzeit, wegen des Ausmasses dieses Krieges und der begangenen Kriegsverbrechen, für die Ukraine kein Verhandlungsspielraum gegeben ist. Das kann man bedauern, aber es ist die Realität. Präsident Selenskyj handelt, wie man es in dieser Situation erwarten kann. Anders ausgedrückt: Was ist hier bitte nicht vernünftig, wenn man seinen Staat erhalten will?

Weltwoche: Wie lautet Ihr Wunschszenario in der gegenwärtigen Situation?

Sasse: Ich wünsche mir, dass die Ukraine schnell an einen Punkt kommt, an dem sie so viel von ihrem Staatsgebiet zurückerobert hat, dass es eine reale Möglichkeit gibt, den Krieg mit Verhandlungen zu beenden. Ganz sicher wünsche ich mir aber ein Europa, in dem es die Ukraine als Staat, als Nation weiterhin gibt, in ihren Grenzen von 1991.

Gwendolyn Sasse ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaften an der Universität Oxford und wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien an der Berliner Humboldt-Universität. Am 13. Oktober erscheint ihr Buch «Krieg gegen die Ukraine – Hintergründe, Ereignisse, Folgen», C. H. Beck, 128 S., Fr. 15.90.

Warum die Krim für Russland unverzichtbar ist

Nördliche Länder haben südliche Sehnsuchtsorte. Für Deutsche und Schweizer ist dies Italien, für Russen traditionell die Krim. Der milde Zephyr, den Goethe verspürte, weht auch am Schwarzen Meer. Was dem einen die Toskana, ist dem anderen Feodossija. Und Anton Tschechows Dame spaziert mit ihrem Hündchen auf der Strandpromenade von Jalta.

Freilich würde noch nicht einmal ein Wahnsinniger romantische Gefühle zur Basis machtpolitischer Demonstrationen machen. Aber die Halbinsel, fast so gross wie Belgien, stand immer wieder im Mittelpunkt gewaltsamer Konflikte. Den Krimkrieg (1853–1856) zwischen dem Zarenreich und einer westlichen Allianz, die sich hinter das Osmanische Reich stellte, kann man als ersten modernen Medienkrieg bezeichnen. Dank Telegrafie und Fotografie wurde Europas Öffentlichkeit so schnell und umfassend wie nie zuvor informiert.

Damals ging es, wie auch heute, um die Kontrolle im Schwarzen Meer. Daher ist die Krim für Russland von enormer strategischer Bedeutung.

Sichtbarer Ausdruck dieser Militärmacht ist Sewastopol, das Hauptquartier der Schwarzmeerflotte, der einzige dafür geeignete Tiefseehafen. Am ehesten lässt sich die Situation mit Faslane vergleichen, wo Britanniens Atom-U-Boote liegen. Nie würde London einer fremden Macht die Kontrolle darüber gestatten – weshalb aus einer Unabhängigkeit Schottlands wohl nichts wird.

Geplanter Nazi-«Gotengau»

Nato-Einheiten in Sewastopol wären denn auch ein Albtraum, der in Russlands kollektivem Gedächtnis Erinnerungen an jene Jahrhunderte auslöste, in denen die Krim eine ständige Bedrohung war. Das Khanat der Krimtataren unternahm immer wieder Raubzüge, zerstörte Ernten und Dörfer und verschleppte die Bauern als Sklaven.

Erst 1783 eroberte Fürst Potemkin für seine Zarin Katharina die Halbinsel und erklärte sie «von nun an und für alle Zeiten» für russisch. Aus potemkinschen Dörfern wurden blühende Städte, die Tataren flüchteten zu ihren osmanischen Glaubensgenossen, und für sie warb man in Westeuropa Siedler an, nicht zuletzt Deutsche.

Spielball der Geschichte: Krim-Brücke.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war auch die Krim Spielball der blutigen Geschichte: mal unabhängig, mal von verschiedenen Mächten besetzt, darunter auch von Nazideutschland, das hier den «Gotengau» etablieren wollte. Den Preis zahlten Krimdeutsche und Krimtataren, die nach der sowjetischen Rückeroberung nach Zentralasien deportiert wurden. Die Krim aber blieb Teil Russlands.

Das änderte sich erst 1954, als Kremlführer Nikita Chruschtschow das Territorium in einem Verwaltungsakt der ukrainischen Sowjetrepublik unterstellte. Nur die Bewohner der Krim protestierten gegen den Schritt, allgemein erregte er kein Aufsehen. Doch er schuf die Grundlage zum heutigen Konflikt.

Seit der Auflösung der Sowjetunion 1991 gab es mehrere Referenden über den Status der Krim. Als entscheidend wird die Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der Ukraine angesehen, als sich 54 Prozent der Bewohner dafür aussprachen – deutlich weniger als im Rest des Landes. Kiew hatte die Zustimmung durch weitgehende Autonomie-Zugeständnisse erkauft, diese aber sukzessive wieder aufgehoben.

Es ist daher nicht ganz von der Hand zu weisen, dass sich bei dem 2014 von Moskau initiierten Referendum über einen Beitritt zu Russland tatsächlich eine Mehrheit dafür entschied – wenn auch vielleicht nicht die 96,77 Prozent, die offiziell angegeben wurden.

Klarheit würde wohl nur eine neue Abstimmung schaffen – durchgeführt von der Uno und international überwacht. Daran aber dürften weder Kiew noch Moskau ein Interesse haben.

Wolfgang Koydl

Bild: AFP